

Stand: 17.04.2024 14:07:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14100

"Altersarmut verhindern: Bessere Anerkennung von Pflegezeiten bei der Rente!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/14100 vom 17.10.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 17.10.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15068 des SO vom 08.11.2012
4. Beschluss des Plenums 16/15207 vom 12.12.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert** und **Fraktion (SPD)**

Altersarmut verhindern: Bessere Anerkennung von Pflegezeiten bei der Rente!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat eine Initiative einzubringen, mit der Zeiten der Pflege von Angehörigen rentenrechtlich berücksichtigt werden. Insbesondere soll mit dieser Initiative auch dafür gesorgt werden, dass Personen, die demenzkranke Angehörige betreuen, rentenrechtlich besser gestellt werden.

Begründung:

Die Bekämpfung der Altersarmut ist eine zentrale sozialpolitische Herausforderung für die kommenden Jahrzehnte. Alle verfügbaren wissenschaftlichen Untersuchungen – so auch die Ergebnisse des Dritten Bayerischen Sozialberichts – weisen auf die steigende Armutsgefährdung von älteren Menschen hin. In Bayern sind Frauen bereits jetzt überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen. Gleichzeitig werden fast die Hälfte aller pflegebedürftigen Menschen von Angehörigen gepflegt – in aller Regel übernehmen Ehefrauen oder weibliche Verwandte diese Aufgabe. Im Pflege-neuausrichtungsgesetz wurde ein erster Schritt zur häuslichen Versorgung von Menschen mit einer Demenzerkrankung gemacht. Auch diese Leistung von Angehörigen muss rentenrechtlich angemessen berücksichtigt werden.

Es kann nicht sein, dass wir in einem europäischen Strommarkt und einem europäischen Stromverbund glauben, dass wir es mit der Planwirtschaft richten. Das wird nicht funktionieren. Deswegen brauchen wir einen vollkommen neuen Ansatz.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es geht darum, die wirtschaftlichsten und innovativsten Technologien zu nutzen. Wir sollten nicht das Modell einer staatlichen Preisfestsetzung fortführen - möglichst noch für 20 Jahre. Deswegen sind die Oppositionsanträge im Grunde noch schlimmer als der Status quo. Eigentlich wollen Sie die alte Regelung wiederherstellen. Diese ist teuer und nicht innovativ. Im Gegensatz dazu zeigt der Antrag der Koalitionsfraktionen innovative Wege auf und konzentriert sich nicht nur auf einen Teilaspekt. Das ist die Arbeitsteilung in diesem Hause: Auf dieser Seite geht es mit Innovationen voran. Auf der anderen Seite wird an völlig veralteten Rezepten festgehalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Anträge werden wieder getrennt. Ich sehe, es besteht noch Besprechungsbedarf.

(Tobias Thalhammer (FDP): Abstimmungsbedarf!)

- Nein, nicht mehr? Gut. Ich wusste nicht, wie ich jetzt reagieren soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in der geänderten Fassung auf Drucksache 16/14079 abstimmen. Ich habe mir sagen lassen, dass den Fraktionen die geänderten Fassungen vorliegen, sodass ich das an dieser Stelle nicht zur Kenntnis geben muss. Wer diesem Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - FREIE WÄHLER, SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - CSU und FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/14096 in geänderter Fassung abstimmen. Diese liegt ebenfalls vor. Wer dem Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das

sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Bevor ich zur namentlichen Abstimmung komme, lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/14098 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/14097. Die Urnen stehen bereit. Das ist für heute die letzte Stimmkartenabgabe. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 23.14 bis 23.19 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Es wird draußen ausgezählt.

Ich darf das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/14078 "Bewahrung der frei fließenden Donau" bekannt geben. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich weise darauf hin, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/14080 mit 14082, 14084 und 14085 sowie die Drucksachen 16/14099 mit 14101 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Abstimmungsergebnis vorliegt. - Ich darf das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52; Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/14097 "Stromsteuer weiterentwickeln - Verbraucher entlasten" angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist die Sitzung beendet. Ich danke allen, die so lange für uns gearbeitet haben, allen voran den Offiziantinnen und Offizianten, unserem Landtagsamt, stellvertretend für alle Herrn Ludwig. Ich danke dem Tech-

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Inge Aures, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/14100

**Altersarmut verhindern: Bessere Anerkennung von Pflegezeiten bei der
Rente!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Hans-Ulrich Pfaffmann**
Mitberichterstatter: **Hermann Imhof**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 87. Sitzung am 8. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Stellvertretender Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/14100, 16/15068

Altersarmut verhindern: Bessere Anerkennung von Pflegezeiten bei der Rente!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich möchte jetzt gerne Tagesordnungspunkt 6 erledigen:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 4)

Von der Abstimmung ausgenommen sind der Antrag Nr. 46 der Anlage zur Tagesordnung, nämlich der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib und anderer und Fraktion (SPD), "Keine Besteuerung kommunaler Dienst-, Beistands- und Kinderbetreuungsleistungen!" auf der Drucksache 16/14271 sowie Nummer 55 der Anlage zur Tagesordnung; das ist der Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Pflege- und Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung besser berücksichtigen" auf Drucksache 16/14516.

Die Anträge sollen einzeln beraten werden. Diese Einzelberatungen finden im Plenum am 29. Januar 2013 statt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns wurde von der FDP signalisiert, dass sie bei der Verfassungsstreitigkeit Punkt 2 – es geht um das Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Oktober 2012 – nicht Enthaltung protokolliert wissen möchte, sondern die Zustimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

